

durch ihre Genossen aber die Arbeitsschritte unterbrochen worden sind, ohne die Polizei sie festhalten vermocht. Die Zahl der Verhafteten aus Anlaß der Demonstration ist die höchste, die bisher bei solchen Anlässen vorgekommen ist.

Bei der Schießerei in der Panstraße wurde der Polizeioberleutnant von Branitz durch mehrere Schüsse schwer verletzt. Auch ihm sind auch noch mehrere Beamte, die gegen die Demonstranten vorgingen, ebenfalls durch Schüsse verwundet worden.

15 Geschloßschläge in einer einzigen Privatwohnung.

Wie eine Berliner Korrespondenz zu melden weiß, sind während der abendlichen Kämpfe in der Ködlinstraße allein in die Wohnung eines Architekten etwa 15 Kugeln eingeschlagen, die eine Anzahl Scheiben zertrümmerten und in der Decke bzw. den Möbeln stecken blieben. Die ruhigen Elemente mußten deshalb in den Häusern der Ködlinstraße in die Hinterzimmer flüchten, um nicht durch einschlagende Geschosse verletzt zu werden.

Die Säuberungsaktion der Polizei

Die Polizei hatte bei dem Kampfe in der Ködlin-, Wedding- und Panstraße besonders aus einem Hause der Weddingstraße, in dem sich ein Rot-Front-Kampfer-Lokal befindet, heftiges Feuer erhalten, so daß sich der Kommandeur der Schutzpolizei entschloß, das Haus säubern zu lassen. Bei der um Mitternacht vorgenommenen Durchsuchung zeigte es sich, daß sich ganz am Ende des Lokals ein angebauter Saal befindet, der eben in höchster Eile verlassen worden war. Darauf stehen noch glimmende Zigarren Kisten. Die Hausdurchsuchung förderte lediglich bei der Wirtin eine Schußwaffe zutage, die beschlagnahmt wurde. Anschließend haben die Kommunisten von der Hausdurchsuchung Wind bekommen und sind über die Dächer geflüchtet. Im Hausflur des Hauses fand man überall Spuren von Schüssen. Bemerkenswert ist dabei, daß keine Kommunisten auf Grund von Kugelspuren, die keinesfalls von der Schutzpolizei herrühren können, die Verwendung schwerer Schusswaffen nachgewiesen werden kann.

Nachwirkungen des 1. Mai in Hamburg

Von kommunistischer Seite wurde heute in Hamburg der Versuch gemacht, als Antwort auf die Berliner Vorgänge den Generallstreik zu proklamieren. Infolge dieser Aufforderung haben die Arbeiter der Deutschen Werk zum Teil die Betriebe wieder verlassen. Wie uns von der Deutschen Werk mitgeteilt wird, betrifft das aber nur den Teilbetrieb Reiterstieg-Werk.

Die M'eer- und Weide-schen Industriestriegel

Der 1. Mai ist in Köln bis in die Abendstunden ruhig verlaufen. Bei der Polizei ist keine einzige Meldung über Unruhestörungen oder Zwischenfälle eingegangen. Das Straßenbild war kaum von dem eines gewöhnlichen Werktages verschieden. Die Sozialdemokraten bewegten sich in den späten Nachmittagsstunden aus den Vororten in sechs Teilzügen nach der Messehalle im rechterheinischen Deuz, wo eine Kundgebung angesetzt war. Die Anhänger der SPD. zogen in der 6. Nachmittagsstunde vom Heumarkt aus in entgegengesetzter Richtung nach dem Nachener Tor. Die Teilnehmer zerstreuten sich hier in verschiedene Stadtteile, wo Einzelsperren in geschlossenen Lokalen angesetzt waren.

Auch im Wuppertal, in den Städten des Bergischen Landes, Remscheid, Solingen usw. ist der Tag bis in die Abendstunden durchweg ruhig verlaufen. Die Sozialdemokraten von Elberfeld und Wermelsdorf am Dienstagabend Kundgebungen veranstaltet hatten, hielten gestern vormittag Versammlungen ab. Die Kommunisten versammelten sich auf öffentlichen Plätzen und hielten Umzüge durch die Stadt. Im allgemeinen zeigten die Fabriken und öffentlichen Arbeitsstellen auch hier das gewohnte Bild werktätiger Arbeit.

Zwischenfall in Breslau.

Während der Aufmärsch und die Majseiern in Breslau ordnungsmäßig verliefen, kam es im Anschluß daran zu einer Unruhestörung. Ein mehrere hundert Personen starker Trupp Kommunisten marschierte demonstrativ am sozialdemokratischen Gewerkschaftshaus vorbei und stieß Schmähsprüche auf die Sozialdemokratie aus. Als Schutzpolizisten eingriffen, um die Straße für den Verkehr freizumachen, kam es zwischen ihnen und den Demonstranten zu einem Zusammenstoß. Die Beamten wurden beschimpft und tätlich angegriffen. Es mußte polizeiliche Verstärkung herbeigerufen werden. Die Ruhe konnte wieder hergestellt werden, nachdem einige Feststellungen erfolgt sind.

Ruhe in Potsdam.

Der 1. Mai ist in Potsdam vollkommen ruhig verlaufen. Vormittags hielten die Gewerkschaften und die Kommunisten getrennte Versammlungen auf dem Hofplatz ab. Sie marschierten darauf in zwei getrennten Zügen zum Gewerkschaftshaus. Die Polizei brauchte in keinem Fall einzuschreiten. In den meisten Betrieben wurde gearbeitet. Auch in Rowates ist es zu keiner Störung gekommen.

Auch im ganzen Reich ist es nach den bisherigen Meldungen nirgends zu Zusammenstößen gekommen.

Der 1. Mai in Oesterreich.

Der 1. Mai wurde in Wien und in den übrigen Bundesländern durch Veranstaltung von Umzügen, Konzerten und sportlichen Spielen begangen. In der Stadt Wien zogen die sozialdemokratischen Parteien am Rathaus vorbei und sodann über die Ringstraße weiter. Auch die christlichen Arbeiter feierten den Tag durch Versammlungen und Umzüge, ebenso die Kommunisten. Alle Veranstaltungen sind in Wien in vollkommener Ruhe verlaufen. Auch in den Bundesländern verlief der 1. Mai in Wien ruhig, nur in Wapenberg kam es zu Zusammenstößen zwischen sozialdemokratischen Schutzmannern und Heimatschützern. Die Gendarmerie stellte die Ordnung

wieder her. In Kapfenberg wurden insgesamt 10 Personen verhaftet, darunter 17 Heimatschützer. Zwei Personen wurden schwer verletzt.

3500 Verhaftungen in Paris.

Nach einer gestern nachmittag ausgegebenen Statistik sind in Paris und Umgebung im ganzen mehr als 3500 Personen verhaftet worden, davon in Paris selbst 2.000 Franzosen und in den Vororten rund 680 Franzosen. Unter den Verhafteten befindet sich der kommunistische Bürgermeister von Jurey. Die Verhaftungen von Ausländern — über 150 an der Zahl — erfolgten zum Teil wegen Fehlen von Ausweispapieren, zum Teil wegen verbotenen Waffentragens. Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist der Nachmittag ohne ernste Zwischenfälle verlaufen. Die Versuche, in der inneren Stadt Demonstrationsumzüge zu bilden, sind von der Polizei ohne größere Anstrengung unterdrückt worden.

Die Feiern in Moskau.

Am der Mattandgeburt nahmen über 600 000 Personen an der Matfundgebung nahmen über 600 000 Personen an. In Gegenwart der Mitglieder der Regierung, des Diplomatischen Korps und zahlreicher Arbeiterdelegationen aus allen Städten der Sowjetunion fand auf dem Roten Platz eine Parade statt, die Worschiloff abnahm. Bis zum Anbruch der Dunkelheit besetzten die Kolonnen der Manifestanten mit ihren Transparenten und mit allegorischen Darstellungen innerer und internationaler Ereignisse am Leninmausoleum vorüber. Die Feiern dauern zwei Tage.

In London.

Die Feiern des 1. Mai ist hier ruhig verlaufen. Es fand zwar ein Umzug statt, aber die Zahl der Teilnehmer war geringer als in den vergangenen Jahren.

Ubrüstungskomödie

Die Verwirrungen des Wehrpflichtsystems — Bruch des Versailler Vertrags — Selbstbesinnung Amerikas? — Eine wichtige Erklärung des Grafen Bernstorff

Die vorbereitende Ubrüstungskonferenz in Genf nimmt einen ganz anderen Verlauf, als man ursprünglich nahezu allgemein angenommen hatte. Es ist daher zweckmäßig und dringend geboten, daß sich die deutsche Öffentlichkeit mit den dortigen Beschüssen gründlich vertraut macht. Die Scheu vor wirklicher Ubrüstung, wie sie die Militärmächte in Genf an den Tag legen, ist kaum mehr zu überbieten.

Arbeit herrscht jetzt schon über das Problem der Reserven. Man sucht nach einer Formel, um eine Begrenzung oder Herabsetzung der Rüstungen festzulegen, ohne dabei die Reserven mit einzubeziehen. Als ob sie überhaupt nicht beständen oder militärisch völlig bedeutungslos wären! Eine derartige Komödie führt der vorbereitende Ubrüstungsausschuß tatsächlich auf. Er bemüht sich dabei, noch ein erstes Gesicht zu wahren. Auf der anderen Seite drängen nur wenige Völkerbundsmächte auf wirkliche Ubrüstung hin, nämlich Deutschland, Holland, Schweden, Sowjetrußland und China. Wir erlebten es in der letzten Woche fast jeden Tag, daß unser Vertreter, Graf Bernstorff, sich in der Gesellschaft der Sowjetrußen und Chinesen befand, als wirkliche Ubrüstungsanträge zur Abstimmung vorlagen. Wenn auch die anderen bei diesen Anlässen versuchten, ernste Mienen zu bewahren, so konnten sie sich doch nicht über die internationale Völkereiheit hinwegtäuschen, in die sie die wirklichen Freunde der Ubrüstung verlegte.

Es ist deshalb begriffenwert, daß die „Washington-Post“ den schärfsten Einspruch gegen die Genfer Vorgänge erhebt. Der amerikanische Vertreter Gibson schreibt das Blatt, hat ein wichtiges Zugeständnis an den französischen Militarismus gemacht und den Weg zu einem „Humburg-Vertrag“ geebnet, durch den der Welt vorgetäuscht werden soll, daß die Landrüstungen herabgesetzt würden, während tatsächlich jedes Land die Freiheit behält, unter dem Vorwand der Reserven noch größere Armeen als bisher zu unterhalten. Der amerikanische Senat habe zum Glück die Möglichkeit, diesen sauberen Vorschlag zu durchkreuzen.

Nicht minder scharf wendet sich jetzt der Vorsitzende des Flottenausschusses des Repräsentantenhauses, Fred Britton, gegen den Umsall Gibsons, dem er zum Vorwurf macht, den Engländern durch sein Entgegenkommen zu einem diplomatischen Siege verholfen zu haben. Daß Vorkämpfer Gibsons geradezu in die Hände Frankreichs und Englands und zum Nachteil der Bereinigten Staaten arbeite, ist dem Abgeordneten Britton völlig klar. Daher auch seine heftige Erklärung. „Washington-Post“ fährt in ihrer scharfen Polemik weiter, wenn sie schreibt: „Alle Locarnoverträge werden zu Papierfetzen, wenn die Siegermächte Europas sich vereinigen, um ihren eigenen Ubrüstungsverpflichtungen zu entgehen, während Deutschland entwaffnet bleiben soll. Diese Politik vergiftet alle Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn und verhindert die Wiederherstellung eines wirklichen Friedens.“

Dieser Auffassung des Washingtoner Blattes können wir nur beipflichten. Wir begrüßen es daher, daß der konservative „Daily Telegraph“ sich freimütig dahin äußert, daß Deutschland die amerikanischen und englischen Zugeständnisse an das französische Wehrpflichtsystem dazu benutzen wird, um für sich selbst eines Tages das Recht zu verlangen, zur allgemeinen Wehrpflicht zurückzukehren. In der Einleitungsformel zu den Ubrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages wird die dem Deutschen Reich auferlegte militärische Beschränkung ausdrücklich als erster Schritt auf dem Wege zur allgemeinen Ubrüstung bezeichnet. Berlin wird es sicherlich nicht unterlassen, wenn die Gelegenheit sich bietet, der Welt zu verkünden, daß die Verewigung des Wehrpflichtsystems durch die Nachbarn Deutschlands nicht nur ein moralischer, sondern auch ein rechtlicher Bruch dieser Verpflichtung ist. Das konservative Londoner Blatt ist der Ansicht, daß die deutsche Reichsregierung diese Feststellung auf der vorgreifenden Ubrüstungskonferenz kaum machen dürfte, wohl aber später auf der Vollkonferenz.

Das gleiche konservative Blatt hat sich jetzt auch zu der Erkenntnis durchgerungen, daß die gleichartige Stellungnahme Londons und Washingtons zur Reservistenfrage politisch für England ganz anders bewertet werden muß als für Amerika. Die Bereinigten Staaten könnten es sich leisten, hinsichtlich der Größe der europäischen Armeen verhältnismäßig uninteressiert zu sein, zumal sie keinerlei militärische Verpflichtungen gegenüber europäischen Staaten hätten. England dagegen wäre als einer der Garanten des Locarnovertrages außerordentlich an der militärischen Stärke

Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Belgiens interessiert. Dies ist zweifellos richtig.

Die Verhandlungen in der vorbereitenden Ubrüstungskonferenz haben sich jetzt derartig zugespitzt, daß unser deutscher Verhandlungsführer, Graf Bernstorff, öffentlich von den Beschüssen des Ausschusses abtrat. Bei der Beratung der in das Abkommen aufzunehmenden Tabellen über das Maximum der Rüstungen erklärte er, daß auch von einer indirekten Beschränkung der ausgebildeten Reserven nirgends die Rede wäre. „Unter diesen Umständen überlassen wir der Mehrheit die volle Verantwortung für diese Lage.“ Was diese Erklärung bedeutet und welche Folgen sie haben wird, ist zur Stunde noch nicht zu übersehen. Es handelt sich hier aber um eine sehr ernste Angelegenheit!

Der Arbeitsmarkt

Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Die endgültigen Zahlen über den Umfang der Arbeitslosigkeit am 15. April liegen nunmehr vor. Sie bestätigen die vorläufigen Angaben der Landesarbeitsämter, daß auch in der ersten Hälfte des Monats April die Arbeitslosigkeit weiterhin erheblich zurückgegangen ist, da vor allem die Maschinen- und die Bauindustrie in der Landwirtschaft und das Baugewerbe, viele Arbeitskräfte aufnahmen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung betrug am 15. April insgesamt 1 480 000, davon 1 197 000 männliche und 283 000 weibliche Personen.

Am 31. März wurden insgesamt 1 900 000 Personen unterstützt. In der Zeit vom 31. März bis 15. April ist also ein Rückgang der unterstützten Arbeitslosen um rund 420 000 oder 22 v. H. zu verzeichnen.

Nach den vorläufigen Berichten aus den letzten Wochen ist die Arbeitslosigkeit auch nach dem 15. April weiter zurückgegangen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge ist in der Berichtzeit von 192 000 auf 198 000, d. h. um 31 v. H. gestiegen.

Die Arbeitslosigkeit in England.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 22. d. Mts. 1 140 700; dies stellt gegenüber der Vorwoche einen Rückgang von 12 835 dar, dagegen eine Zunahme von 78 415 gegenüber der gleichen Zeit des vorigen Jahres.

Gefährdung des Sparprogramms?

In parlamentarischen Kreisen wird vielfach die Frage erörtert, ob es möglich sein wird, das vereinbarte Sparprogramm in vollem Umfange aufrecht zu erhalten. Man verweist darauf, daß hinsichtlich der Ubrüstung der sogenannten Voz Bränning bereits wieder gewisse Meinungsverschiedenheiten entstanden sind. Da sich die Volkspartei nicht ohne weiteres mit der Verwendung der frei werdenden Mittel für die Krisenfürsorge, wie sie von den Sozialdemokraten gefordert wird, einverstanden erklären will, Andererseits spielt auch die Frage der Unterstützung für die Luftfahrt in den Verhandlungen wieder eine Rolle, zumal verschiedentlich der Wunsch zu bestehen scheint, doch noch größere Mittel, als bisher vorgesehen waren, für die Luftfahrt flüssig zu machen.

Eine Diplomatenkonferenz?

Gegenüber den Gerüchten, die wissen wollen, daß bereits zwischen dem französischen Vorkämpfer in Berlin und Dr. Stresemann eine Unterredung über die Möglichkeit der Einberufung einer Diplomatenkonferenz zur Regelung des Reparationsproblems stattgefunden hat, wird an zuständiger Berliner Stelle ausdrücklich erklärt, daß eine solche Unterredung nicht stattgefunden hat. Man wird zunächst ja auch den Bericht der Sachverständigen abwarten müssen, ehe man sich darüber schlüssig werden kann, wie und in welcher Form die weitere Behandlung des Reparationsproblems erfolgen soll.

Währungs des Reichsbankpräsidenten nach Paris

Reichsbankpräsident Dr. Schacht verließ gestern abend kurz nach 10 Uhr wieder Berlin, um sich nach Paris zu den weiteren Beratungen der Reparationskonferenz zuzuschließen.

Reichsminister a. D. Koch-Weser zum Mitglied des Haager Schiedsgerichts ernannt.

Wie wir erfahren, hat das Kabinett beschlossen, anstelle des vorhergehenden Reichsjustizministers a. D. Dr. Prinz zu Reichsjustizminister a. D. Koch-Weser zum Mitglied des Haager Schiedsgerichts im Haag zu ernennen.